

Leserbriefe

Keine Gebühren für Allschwiler Vereine

Das Akkordeon-Orchester Basel-Allschwil ist stark von der neuen Gebührenordnung betroffen. Wir akzeptieren eine höhere Gebühr für den neuen Saal und die moderne Küche für unser jährliches Konzert, da wir aber mit 30 Aktivmitgliedern und vor Auftritten zusätzlich mit Schlagzeug und Pauken etc. üben, genügt eine kleines Musikzimmer nicht mehr. Die Gebühr des Gymnastiksaals können wir längerfristig aber nur über Beitragserhöhungen finanzieren.

Dank unseres Profidirigenten Roger Gisler (Akkordeon-Lehrer Musikschule Allschwil) müssen wir nicht mehr um den Nachwuchs bangen. Wir durften in den letzten Jahren viele junge Spieler/innen willkommen heissen. Müssen wir diese nun mit höheren Beiträgen wieder vergraulen?

Für die Teilnahme an Wettspielen übernimmt jedes Mitglied zusätzlich die Anfahrs- und allenfalls Übernachtungskosten selbst. Der Name Allschwil wird so schweizweit weitergetragen. In erster Linie leisten wir aber einen kulturellen Beitrag in der Gemeinde Allschwil.

Es ist völlig unnötig, dass die Gemeinde einerseits mit grossem administrativem Aufwand Gebühren einkassiert und andererseits durch ein «Subventionsbudget» für besondere Projekte wieder auszahlt.

Bei der damaligen Abstimmung für das neue Schulhaus Gartenhof war nie die Rede, dass in Zukunft von den Vereinen Benutzungsgebühren verlangt werden. Deshalb schafft diese wieder ab und lasst die Allschwiler Vereine am Leben!

*Ursi Ingold und Doris Barbey,
Akkordeon-Orchester Basel-Allschwil*

Liebe Freunde des Dialektrocks

Auch wenn im Inserat zum Dorf-Märt im Allschwiler Wochenblatt vom 24.08 zu lesen war, dass wir am Dorfmarkt vom 1. September um 15 Uhr spielen, müssen wir euch leider enttäuschen. Denn 66.6666% der Band sind an diesem Datum unabhkömmlich, was bei drei Personen sehr ins Gewicht fällt. Was hingegen kein Gerücht ist, dass wir bei genügend Anmeldungen am 21.12. den Winterzauber rocken. Ist dies nicht eine gelungene Alternative zur klassischen Weihnachtseinstimmung? Am Allschwiler Markt von morgen Samstag gibt es die Eintrittskarten am Stand von SB Events.

Stefan, Tobi, Andi von Elix

Parteien

Die CVP nominiert

Über 80 Mitglieder der CVP Basel-Landschaft haben sich letzten Donnerstag am 3. Parteitag bei der Kestenholz Gruppe in Pratteln eingefunden. Auf vier Rundgängen wurden den Mitgliedern von der Bestellung bis zur Auslieferung und deren späteren Unterhalt von Mercedes Personenwagen und Nutzfahrzeuge gezeigt. Eine sehr beeindruckende Organisation und Firmenstruktur. Anschliessend führte die Parteipräsidentin Brigitte Müller-Kaderlidurch die Versammlung. Als Kandidaten für die Regierungsratswahlen 2019 wurde mit grossem Applaus und einstimmig Dr. Anton Lauber nominiert. Die Parteibasis stimmte der kantonalen Krankenkassenprämien-Initiative zu, die im Herbst durch die CVP BL lanciert wird. Diese bewirkt, dass künftige Krankenkassenprämien an den Steuern abgezogen werden dürfen. Die CVP setzt damit ein klares Zeichen gegen die jährlich steigenden Krankenkassenkosten.

Zur Parolenfassung: Zwei Mal nein für die beiden Agrarinitiativen (Fair-Food-Initiative + Für Ernährungssouveränität), ja zum Bundesbeschluss über die Velo-, Fuss- und Wanderwege.

Am letzten Sonntag lud die CVP Allschwil-Schönenbuch seine Mitglieder zum alljährlichen Sommerbrunch auf den Wydehof der Familie Vogt-Weber ein. Ein vielseitiges und frisches Frühstücksbuffet mit Zutaten aus der hofeigenen Produktion beglückte die über 30 teilnehmenden CVP-Mitglieder. Darunter auch die nominierten Landratskandidaten, die sich 2019 zur Wahl stellen, Regierungsrat Anton Lauber und die Kantonalparteipräsidentin Brigitte Müller-Kaderli. Besonders freut sich die CVP Allschwil-Schönenbuch, mit Hannes Hänggi den Gemeindepräsidenten von Schönenbuch mit im Boot zu haben. Typisch CVP eben, fähige Leute für anspruchsvolle Aufgaben. Packen wir es an!

*Christian Kellermann, Parteipräsident
CVP Allschwil-Schönenbuch*

Mündige Konsumenten entscheiden lassen

Am 23. September kommen zwei gut gemeinte, aber fragwürdige Initiativen mit ähnlicher Stossrichtung zur Abstimmung: Beide, die «Fair-Food-Initiative» und die «Ernährungssouveränitäts-Initiative», wollen Schweizer Standards auf Importe von Landwirtschaftsprodukten anwenden und

mit Zöllen und Einfuhrverboten durchsetzen. Natürlich wäre es wünschbar, wenn unsere Normen im Umwelt- und Arbeitnehmerschutz weltweit gelten würden. Der Weg zu diesem Ziel kann aber nicht über staatliche Eingriffe und Abschottung des Schweizer Markts führen. Handelskonflikte mit dem Ausland, Lieferschwierigkeiten und drastische Preissteigerungen wären die Folge. Dabei zeigen die stetig steigenden Marktanteile von Fairtrade- und Bio-Produkten in der Schweiz, dass die Konsumentinnen und Konsumenten mündig genug sind zu entscheiden, was mit gutem Gewissen auf dem Teller landen darf. Die Grünliberalen BL sagen darum 2x Nein zu «Fair Food» und «Ernährungssouveränität».

*Grünliberale Partei
Allschwil-Schönenbuch (glp)*

Mehr Rückerstattungen aus CO₂-Abgabe

Nebst den Steuern und Abgaben, welche die Unternehmen für das Allgemeinwohl leisten, gibt es in diesem Jahr eine einmalige spürbare Erhöhung der Rückerstattung aus der CO₂-Abgabe. Abhängig vom fossilen Brennstoffverbrauch (Heizöl und Erdgas) müssen natürliche und juristische Personen, gemäss dem eidgenössischen CO₂-Gesetz, pro ausgestossene Tonne CO₂ CHF 96.- bezahlen. Dies kann bei einem mittelgrossen Betrieb einige Tausend Franken pro Jahr an Umweltafgaben bedeuten. Diese werden vom Bund teilweise für Förderprojekte von Energieeffizienz- und CO₂-Senkungsprojekten verwendet. Ein grosser Teil dieser CO₂-Einnahmen wird jedoch direkt an die Bevölkerung und die Wirtschaft zurückerstattet, um einen grossen Anreiz zur Reduktion des fossilen Energieverbrauches zu schaffen.

In den letzten Jahren sind die Fördergelder nicht vollumfänglich ausgeschöpft worden. Deshalb wird der Bund im aktuellen Jahr den Unternehmen etwa 80 Prozent mehr ausbezahlen als im Vorjahr. Dies ist dank der grossen Anstrengungen der Wirtschaft in den letzten Jahren gerechtfertigt.

Die Rückerstattung an die Unternehmen wird im 2018 über die AHV-Lohnsumme berechnet mit einem Faktor von 147.50 pro 100'000 Franken AHV-pflichtiger Lohnsumme. 2017 betrug dieser Rückerstattungsfaktor lediglich 81.40 Franken.

Die FDP begrüsst die Anstrengungen der Unternehmen, welche die Energieeffizienz erhöhen und gleichzeitig die CO₂-Emissionen

senken, damit die Umwelt nachhaltig entlastet werden kann.

Internetquelle: <http://www.bafu.admin.ch/co2-abgabe-verteilung>

FDP Allschwil Schönenbuch, Robert Vogt, Vorstandsmitglied

Kaputte Wohnqualität

Am Freitag überflogen zwischen 22 und 23.20 Uhr 10 Flugzeuge Neuallschwil mit einem Krach zwischen 70 und 82 dB. Zudem bogen die Flugzeuge teilweise nach der Baslerstrasse ab. Wollen wir uns dies weiter gefallen lassen? Wollen wir zulassen, dass der Flughafen unsere Lebens- und Schlafqualität komplett zerstört und willkürlich Flugrouten geflogen werden? An Schlafen war nicht zu denken, auch nicht an nicht unterbrochene Gartengespräche. Nicht nur Neuzuzüger stören sich enorm am Fluglärm in Allschwil, sondern auch je länger je mehr alteingesessene Dorfbewohner.

Morgens landen die ersten Flugzeuge bereits um 5 Uhr früh und wecken uns aus dem Schlaf, abends krachen die Flugzeuge noch kurz vor 24 Uhr über unsere Dächer und lassen uns auch nicht schlafen. Wir brauchen sofort eine Nachtruhe von mindestens 23 bis 6 Uhr – genau wie in Zürich und eine Knotenregelung für Südanflüge von 10 Knoten. Wie engagiert setzt sich unser Gemeinderat für unsere Gesundheit und unser Wohlergehen ein? Totale Hartnäckigkeit ist angesagt, dranbleiben und nochmals dranbleiben. Nicht nur der Gemeinderat kann etwas tun, schreiben auch Sie Reklamationen an den EAP (enviro@euroairport.com) und an die Gemeinde.

*Julia Gosteli,
Grüne Allschwil-Schönenbuch*

SP-Wahlprogramm verabschiedet

In Anwesenheit des schweizerischen Parteipräsidenten Christian Levrat beriet die SP-Delegiertenversammlung die 15 Kapitel der Wahlplattform von B wie Bildung bis W wie Wohnen. Christian Levrat zeigte sich beeindruckt von der programmatischen Arbeit. Aus der Parteibasis gingen zahlreiche Anträge zum Entwurf ein. Diese Anträge wurden an der DV eingehend und konstruktiv beraten. Die SP Baselland will mit ihrer Politik der rechten, verfilzten Politik entgegen-treten. Die SP ist die Alternative für jene Menschen, die sich einen zukunftsgerichteten Kanton wünschen: Ein Baselbiet mit guten Schulen, starkem öffentlichen Ver-